

Asylstreit

## »Hohe Sensibilität«



M. SCHOLZ / DPA

*Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien, 53 (CDU), über die Gründe für ihr Engagement bei der »Union der Mitte« und den Umgang mit CSU-Kritik*

**SPIEGEL:** Sie sind als Landesministerin eine herausragende Unterstützerin der »Union der Mitte«. Warum engagieren Sie sich bei der Mitgliederinitiative aus Bayern?

**Prien:** Nach dem Asylstreit vor der Sommerpause fand ich, dass die große Gruppe der moderaten Kräfte in der Union sich stärker zu Wort melden sollte – vor allem auch in den sozialen Medien. Neben mir unterstützen auch Bundes- und Landtagsabgeordnete von CDU und CSU die Union der Mitte; wir sind keine No-Name-Veranstaltung.

**SPIEGEL:** Ist die Initiative ein Gegenstück zur linken Sammlungsbewegung »Aufstehen« von Sahra Wagenknecht?

**Prien:** Wir brauchen keine christdemokratische Sammlungsbewegung. Die Union der Mitte ist eine innerparteiliche Antwort an diejenigen, die glauben, sie könnten mir nichts dir nichts die Union weiter nach rechts verschieben.

**SPIEGEL:** Die CSU-Spitze hält die Initiative für nicht satzungsgemäß und sogar sektiererisch. Was sagen Sie dazu?

**Prien:** Ob man einer Meinungsplattform von vielen Mitgliedern der CDU und, wohlgemerkt, der CSU mit formaljuristischen Argumenten begegnen sollte, möchte ich infrage stellen. Unsere Absicht war nie, eine formelle Vereinigung zu begründen; dazu brauchte es natürlich ein geordnetes Verfahren.

**SPIEGEL:** Hat sich CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer bei Ihnen deshalb gemeldet?

**Prien:** Wir sind im Gespräch mit dem Konrad-Adenauer-Haus, wo man der Auffassung ist – ich teile sie – dass wir keine neuen Unionsvereinigungen brauchen. Ich bin sehr froh, dass die Generalsekretärin sich zum Asylstreit eindeutig geäußert hat und Ministerpräsidenten wie Armin Laschet und Daniel Günther öffentlich für einen klar liberalen, europafreundlichen Kurs stehen.

**SPIEGEL:** Wie erleben Sie die Resonanz an der Basis auf die Initiative?

**Prien:** In den letzten zweieinhalb Jahren mussten CDU-Mitglieder eine Menge Kritik einstecken; viele empfinden es als wohltuend, jetzt sagen zu können: Wir stehen zu einer modernen CDU, wir wollen nicht immer wieder nur das Flüchtlingsthema mit einem negativen Spin, sondern die wichtigen, zukunftsgerichteten Themen konstruktiv diskutieren und anpacken.

**SPIEGEL:** Kann es sein, dass Sie durch Ihre jüdische Herkunft besonders sensibel reagieren auf den negativen Spin?

**Prien:** Ich habe eine hohe Sensibilität, wenn es darum geht, unser freiheitliches Land zu erhalten. Ich kenne aber genug Menschen ohne diesen familiären Hintergrund, die meine Sorge teilen. Wir müssen uns als Demokraten gegen autoritäre, antiliberalen und nationalistische Bestrebungen stemmen, die es in Amerika gibt, in Europa, in Deutschland. Die Union ist auch als Antwort auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft entstanden.

**SPIEGEL:** Droht der Union Spaltung?

**Prien:** Nein. In der Union haben sehr konservative Frauen und Männer ebenso Platz wie christlich-soziale und liberale! Wir alle müssen nur akzeptieren, miteinander um Positionen zu ringen. Im Übrigen gewinnen wir keine Wähler, wenn wir weiter nach rechts rücken, sondern nur als moderate politische Kraft – das zeigen auch alle Umfragen. AB

Dieselskandal

## Kats zur Nachrüstung

● Die Bundesregierung gerät in der Frage von Hardwarenachrüstungen für die Abgasreinigung von Dieselaautos unter Zugzwang. Grund: Das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg hat kürzlich eine Allgemeine Betriebserlaubnis für zwei Hersteller erteilt, die sogenannte SCR-Katalysatoren entwickelt haben. Diese sollen den Stickoxid-Ausstoß von Dieselfahrzeugen so weit senken, dass sie nicht mehr von innerstädtischen Fahrverboten betroffen wären. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) lehnt den Einbau solcher Nachrüstsets bisher ab, weil dies angeblich zu teuer und technisch nicht machbar sei. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigt sich in dieser Frage offener: Bis September will sie von Scheuer und



HANS CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

Merkel, Scheuer

einer Expertenkommission wissen, ob die Hardwarenachrüstung eine sinnvolle Maßnahme gegen zu hohe Stickoxidwerte wäre. Diese Lösung könnte Städten mit hoher Schadstoffbelastung wie Stuttgart oder München entgegenkommen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat Scheuer bereits aufgefordert, per Verordnung zu ermöglichen, nachgerüstete Wagen so zu kennzeichnen, dass die Polizei sie bei Fahrverboten in gesperrten Stadtgebieten verkehren lassen könnte. GT

Umwelt

## Giftiger Elektrolaster

● Der StreetScooter der Deutschen Post gilt als Vorzeigemodell für elektrische Kleinlaster; er soll auch den Ehrgeiz der Bundesregierung in Sachen Elektromobilität demonstrieren. Doch im Pakettransporter stecken giftige Schwermetalle: Nach einem Bauteil mit hohem Bleigehalt stießen die Zulassungsbehörden auf ein Hochvoltladergerät, das Cadmium enthält. Die Konzentration ist so hoch, dass eine normale Typgenehmigung des StreetScooters nicht möglich ist. Bislang hatte die Post die Zulassung einer sogenannten Kleinserie mit 2000 Scootern



YANN SCHREIBER / AFP

StreetScooter der Post

beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) veranlasst; verschiedene Bundesländer erteilten zudem Einzelgenehmigungen. In beiden Verfahren muss der Hersteller nicht nachweisen, dass keine unzulässigen Schwermetalle verbaut sind. In der Bundesregierung ist man irritiert darüber, dass die entsprechenden Bauteile verwendet wurden. Ein Sprecher der Post erklärte, man halte sich bei den StreetScooter-Elektrofahrzeugen an »die gesetzlichen Anforderungen«. Bei dem cadmiumhaltigen Ladergerät handelt es sich um das gleiche Bauteil, das auch in 124 000 Elektroautos aus dem VW-Konzern verbaut ist. Hier wird das KBA wohl einen amtlichen Rückruf anordnen. GT